

# LAND TAGS KURIER



Seite 4:  
Staatsregierung betont  
Solidarität mit der Ukraine  
und ihren Menschen



Seite 8:  
Landtag debattiert über  
sprunghaft gestiegene  
Energiekosten in Sachsen



Seite 14:  
Ausschuss tagt in der  
Kulturhauptstadt Europas  
2025 Chemnitz

Ausgabe  
2.22



**Sächsischer Landtag**



Foto: S. Giersch

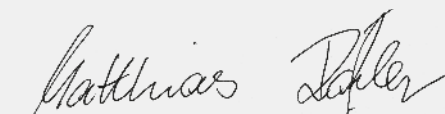
Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

der Krieg in der Ukraine, von Russland völkerrechtswidrig begonnen, tobt mittlerweile seit fast zwei Monaten. Die Auseinandersetzung hat, das haben wir in der vergangenen Zeit bereits gespürt, unmittelbare Auswirkungen auf Sachsen. Besonders bewegt mich aktuell das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung: Männer, die ihr Leben riskieren, alte und schwache Menschen, die in zerstörten Städten eingeschlossen sind, Mütter und ihre Kinder, die sich auf den Weg Richtung Westen begeben haben und Schutz suchen. Zeigen wir diesen hilfsbedürftigen Menschen unsere Solidarität, zeigen wir ihnen im wahrsten Sinne des Wortes unsere Nächstenliebe! Sie benötigen angesichts dieser humanitären Katastrophe neben Sicherheit dringend Kleidung, Nahrung und Unterkunft, aber auch Trost und Beistand.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bedeutet das Ende der europäischen Friedensordnung, wie sie seit 1990 bestand. Unser Kontinent hat in seiner langen Geschichte bereits großes Unheil gesehen. Besonders in der Generation, die selbst noch Krieg erlebt hat, wecken die Bilder und Meldungen aus der Ukraine alte Ängste.

Die Sitzungstage des Sächsischen Landtags am 23. und 24. März 2022 standen daher aus gutem Grund unter dem Eindruck des Ukrainekrieges und seiner Folgen für Sachsen. »Eine Träne zu trocknen ist ehrenvoller als Ströme von Blut zu vergießen« – im Sinne des britischen Dichters George Gordon Byron habe ich zu Beginn des ersten Plenartages ein sofortiges Ende der russischen Aggression gefordert. Diese Haltung gilt uneingeschränkt weiter fort. Russland muss diesen Krieg gegen das souveräne, freie Land Ukraine sofort beenden. Es braucht eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch.

Der Landtagskurier berichtet auf den folgenden Seiten über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Die anschließenden Aktuellen Debatten beschäftigten sich unter anderem mit der Hilfe für die ankommenden Flüchtlinge, der Preisentwicklung sowie der Energiesicherheit.

  
Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

46. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Unmenschliches Leid und Vertreibung</b> Ministerpräsident ruft zur Solidarität mit den Menschen der Ukraine auf .....	4
<b>Hintergrundinformationen zu den ukrainischen Kriegsflüchtlingen in Sachsen</b> .....	6
46. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Verantwortung für die Kleinen</b> Landtag debattiert Personalsituation in den sächsischen Kitas .....	7
46. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Schluss mit Putins Gas</b> Sachsen soll unabhängiger von Energieimporten werden .....	8
47. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Medizinstudium ohne 1,0-Abitur</b> Sachsen öffnet einen Teil der Studienplätze für zukünftige Landärzte .....	10
47. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Eigenversorgung statt schwieriger Importe</b> Lebensmittel und Energie verteuern sich weiter .....	11
47. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Sachsen verliert Krankenhäuser</b> Einrichtungen kämpfen vor allem mit Personalmangel .....	12

## PARLAMENT

<b>Unsichtbares sichtbar machen</b> Kulturausschuss informiert sich in Chemnitz über den Weg zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 .....	14
<b>Frischer Wind im Baurecht</b> Regionalausschuss befasst sich mit Abstandsregeln für Windräder .....	16
<b>Laufende Gesetzgebung</b> .....	17

## EUROPA

<b>Forum Mitteleuropa tagt 2022 in Litauen</b> .....	18
--	----

## SONDERTHEMA

<b>Sächsische Stimmen für das Staatsoberhaupt</b> 39 Delegierte des Landtags wählten Mitte Februar den Bundespräsidenten .....	20
---	----

## GESCHICHTE

<b>Wilhelm Bünger – erfolgreicher Abgeordneter, erfolgloser Ministerpräsident</b> Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 6) .....	22
---	----

## SERVICE

<b>Weitere Informationen des Sächsischen Landtags</b> .....	24
---	----

# Verbundenheit mit der Ukraine – Auswirkungen des Krieges auf Sachsen

Foto: S. Floss

// Vor dem Gebäude des Sächsischen Landtags in Dresden wehte für mehrere Wochen die Staatsflagge der Ukraine. Ministerpräsident Michael Kretschmer nahm in seiner Regierungserklärung am 23. März 2022 ebenfalls auf den Krieg in Osteuropa Bezug. Die Abgeordneten debattierten in der 46. Plenarsitzung außerdem über die Arbeitsbedingungen in Sozialberufen sowie die europäische Energiepolitik. Die Aktuelle Stunde der 47. Landtagssitzung am 24. März 2022 befasste sich mit dem Start der Landarztquote, gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie der medizinischen Versorgung in Sachsen. //



// Abgeordnete gedenken  
der Opfer des Krieges

46. Sitzung des Sächsischen Landtags

*Dr. Daniel Thieme*

# Unmenschliches Leid und Vertreibung

Ministerpräsident ruft zur Solidarität mit den Menschen der Ukraine auf

// Die 46. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 23. März 2022 begann mit mahnenden Worten des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbler und einer Schweigeminute für die Opfer des russischen Überfalls auf die Ukraine. Anschließend bekundete Ministerpräsident Michael Kretschmer in einer Regierungserklärung Sachsens volle Unterstützung für die Ukraine und ihre Menschen. Das Parlament stimmte nach der Aussprache für einen Entschließungsantrag der Koalition zum gleichen Thema. //

## Staatsregierung: Herkulesaufgabe für Sachsen

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, stellte klar, dass das, was in der Ukraine stattfindet, ein Völkerrechtsverbrechen gegen ein souveränes, freies Land sei. Daher müsse Russland seine Truppen unverzüglich abziehen. Sachsen trage die von der Europäischen Union verhängten Sanktionen mit. Eine gewaltige Aufgabe sei es, den schätzungsweise 10 Millionen Menschen zu helfen, die vor dem Krieg flüch-

teten. Viele Sächsinen und Sachsen engagierten sich in beispielhafter Weise. Es sei gelungen, über 10 000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, weitere 5 000 Plätze würden noch folgen. Kinder und Jugendliche aus der Ukraine sollten, soweit möglich, nach ihren Lehrplänen unterrichtet werden. So solle den Flüchtlingen später der Weg zurück in ihre Heimat erleichtert werden. Sachsen werde die finanzielle Last in bekannter Weise schultern, am Ende werde die Gesellschaft aber reicher sein.

## AfD: Sanktionen bringen keinen Frieden

Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine verstoße gegen das UN-Gewaltverbot und sei damit völkerrechtswidrig, erklärte Jörg Urban, AfD. Er Sorge sich vor allem um die Zivilbevölkerung, insbesondere um Frauen und Kinder. Der Westen beziehungsweise die NATO trüge jedoch eine Mitverantwortung dafür, dass die Situation immer weiter eskaliert sei. Die Russische Föderation habe sich durch die anhaltende Osterweiterung der NATO be-

droht gefühlt. In der aktuellen Kriegssituation trage der Westen wenig zur Befriedung bei, wenn er Waffen an die Ukraine liefere. Der von der Koalition eingebrachte Entschließungsantrag enthalte sehr viel Richtiges, aber Forderungen nach Waffenlieferungen und Sanktionen seien kontraproduktiv. Die wirtschaftlichen Kriegsfolgen träfen vor allem die eigenen Bürger und Unternehmen. Strompreise und Heizkosten erhöhten sich, essenzielle Lieferketten gingen durch die Sanktionen zu Bruch.

## CDU: Stärke zeigen und Austausch suchen

Christian Hartmann, CDU, machte zu Beginn deutlich, dass der Angriff Russlands auf die Ukraine durch nichts zu rechtfertigen sei. Der Krieg stehe in einer langen Liste von Aggressionen seitens Russlands gegen seine Nachbarn. Die Geschichte zeige, wohin Appeasement-Politik führen könne. Es müsse daher bedacht werden, ob man hier an einer roten Linie stehe. Eine starke Zusammenarbeit gehöre in Anbetracht der aktuellen Lage zu einer sicheren europäischen Politik. Um Diktatoren mit Großmachtfantasien in Schach zu halten, helfe allein eine Sprache der Stärke. Ohne Frage stehe man weiter zum russischen Volk und wolle weiterhin einen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Ob es diesen allerdings nach dem Krieg noch mit Putin geben könne, sei mehr als fraglich. Überdacht werden müsse indes auch, ob es eine größere Unabhängigkeit von der Energieversorgung aus bestimmten Regionen geben könne.

der Gewalt zu leiden habe. Es entspräche dem Wesen des Krieges, Leben zu zerstören und Familien zu zerreißen. Krieg verursache immer unfassbares Leid. Jenen, die sich den Angreifern mit der Waffe oder mit Protestplakaten in der Hand widersetzen, gebühre Respekt. Die Ukrainer hätten das Recht sich zu verteidigen, es sei ihnen zu wünschen, dass sie

## BÜNDNISGRÜNE: Integration zügig umsetzen

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, verurteilte im Namen ihrer Fraktion den Krieg in der Ukraine ebenfalls auf das Schärfste. Schon die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahr 2014 sei ein Verbrechen gewesen. Der

chen Zustand ein. Angesichts dessen gäbe es in Sachsen konkreten Handlungsbedarf. Es müsse zügig ein Erlass des Bundesinnenministeriums umgesetzt werden, der Registrierungsmöglichkeiten, die automatische Arbeitserlaubnis sowie die Gewährung finanzieller Hilfen zur Sicherung des sozialen Existenzminimums einschließe. Dazu gehöre auch die unkomplizierte Anerkennung von Berufsabschlüssen.



»Die Freiheit und Souveränität der Ukraine bedürfen keiner Verhandlungen.«

46. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Michael Kretschmer

## SPD: Moralischer Auftrag zur Hilfe

Mit dem Überfall auf die Ukraine habe Wladimir Putin nicht nur das Völkerrecht gebrochen, sondern auch die europäische Friedensordnung aufgekündigt, urteilte Henning Homann, SPD. Es sei wichtig zu unterscheiden, dass es sich nicht um einen Krieg des russischen Volkes gegen die Ukraine, sondern um einen Krieg Putins handele, der durch nichts zu rechtfertigen sei. Der Krieg stelle eine Zeitenwende dar und habe Auswirkungen auf die deutsche und europäische Außenpolitik sowie das Leben in Deutschland und Sachsen. Deutschland werde in den nächsten Jahren seinen Verteidigungshaushalt deutlich anheben. Man stehe fest an der Seite der Menschen in der Ukraine, indem harte Sanktionen gegenüber Russland aufrechterhalten würden und die Ukraine Waffenlieferungen erhalte. Das menschliche Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung und die Fluchtbewegungen stellten einen politischen und moralischen Auftrag dar.

## DIE LINKE: Leid liegt im Wesen des Krieges

Für ihn und seine Fraktion gebe es keinerlei Rechtfertigung für den Angriffskrieg, den Russland auf Befehl des russischen Präsidenten Putin führe, bekräftigte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Seine Solidarität gelte dem ukrainischen Volk, insbesondere der Zivilbevölkerung, die unter

standhielten. In seiner eigenen Partei, darunter auch er selbst, haben viele den Angriffskrieg nicht für möglich gehalten. Er habe sich in Putin getäuscht, gestand Gebhardt ein. Seine Absicht sei es gewesen, aus den Fehlern der Geschichte zu lernen, denn in Europa könne es eine Friedensordnung nicht gegen, sondern nur mit Russland geben.

Widerstand, den die Ukraine jetzt leiste, koste einen hohen Blutzoll für die Werte, die dort auch für uns verteidigt würden: Freiheit, Demokratie und Grundrechte. Seit dem 24. Februar dieses Jahres sei die Welt eine andere. In Görlitz kämen mittlerweile jede Nacht Sonderzüge mit Hunderten Menschen an. Sie träfen zusehends in einem verschlechterten gesundheitli-

// Christian Hartmann

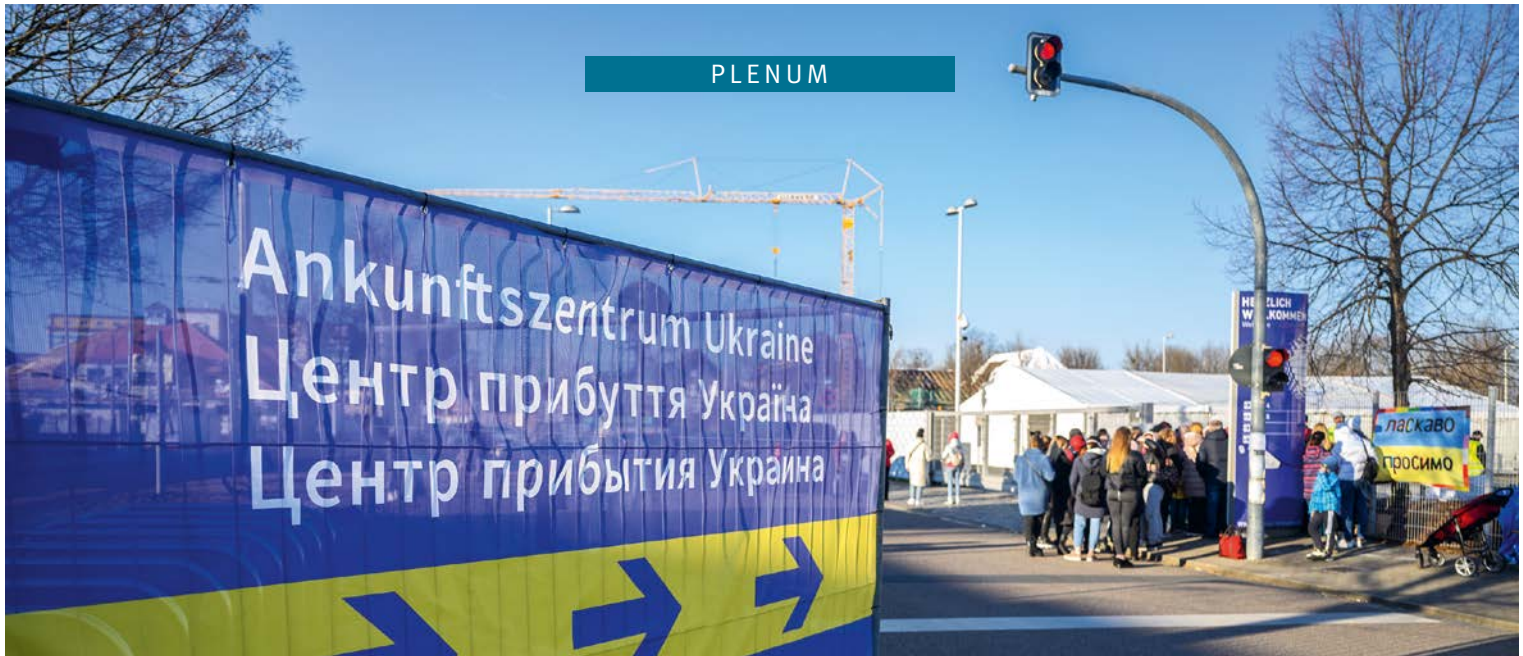
// Jörg Urban

// Rico Gebhardt

// Franziska Schubert

// Henning Homann // Fotos: O. Killig





# Hintergrundinformationen zu den ukrainischen Kriegsflüchtlingen in Sachsen

// Ankunftszentrum Dresden an der Messe // Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Robert Michael

// Der Krieg in der Ukraine treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sachsen erlebt den größten Flüchtlingsstrom seiner jüngeren Geschichte. Hilfsorganisationen und freiwillige Helfer sind seit Wochen im Einsatz, um die Ankommenden zu versorgen und ihnen eine Unterkunft zu vermitteln. Die Sächsische Staatsregierung hat ein Unterstützungsportal eingerichtet, um private freiwillige Hilfe besser zu koordinieren. //

## Mehr als 10 000 Betten stehen bereit

Der Freistaat Sachsen rechnet in den kommenden Wochen mit Tausenden weiterer Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen. Das Sächsische Innenministerium geht nach seinen ersten Schätzungen davon aus, dass insgesamt 80 000 Flüchtlinge in Sachsen Schutz suchen werden. Der Freistaat hatte daher seine Aufnahmekapazitäten zuletzt auf 10 000 Betten ausgebaut. Weitere Plätze sollen noch dazukommen.

Viele der ukrainischen Flüchtlinge gelangen mit dem Zug nach Sachsen. Sie haben in den meisten Fällen eine mehrtägige Reise hinter sich.

Nach ihrer Ankunft erhalten sie bereits an den Bahnhöfen erste Unterstützung. Helfer verteilen Essen und Kleidung, sie vermitteln Unterkünfte und andere Hilfsangebote. Görlitz, Dresden und Leipzig entwickeln sich seit Wochen zu wichtigen Drehkreuzen der Flüchtlingshilfe. Allein in der Landeshauptstadt stehen mehrere Turnhallen und Räume auf dem Messegelände für eine vorübergehende Unterbringung zur Verfügung. Die in Sachsen ankommenden ukrainischen Kriegsflüchtlinge müssen sich als Nicht-EU-Bürger registrieren, um Sozialleistungen, Schulplätze und Arbeitserlaubnisse zu erhalten. Auch sicherheitspolitisch ist die Registrierung notwendig.

## Integration als mittelfristige Aufgabe

Hauptsächlich erreichen momentan ukrainische Frauen und Kinder den Freistaat Sachsen. Für Männer zwischen 18 und 60 Jahren besteht aufgrund des Krieges ein Ausreiseverbot aus der Ukraine. Mittelfristig dürfte es eine große Herausforderung werden, den Menschen mit Deutschkursen und Arbeitsplatzangeboten eine schnelle Integration zu ermöglichen. Für Kinder ist es außerordentlich wichtig, dass sie zügig wieder eine Schule oder Kindertageseinrichtung besuchen können. Je nachdem, wie sich die Situation in der Ukraine entwickelt, haben viele die Hoffnung, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

## SO KÖNNEN SIE HELFEN:



Der Freistaat Sachsen hat für Flüchtlinge und freiwillige Helfer mehrere Informationsseiten im Internet eingerichtet. Damit sollen die vielfältigen Angebote besser gesteuert und gebündelt werden. Eine Plattform des Innenministeriums vermittelt beispielsweise Unterkünfte, Übersetzungsleistungen und Betreuungsangebote. Jeder Bürger in Sachsen kann sich daran beteiligen und seine Unterstützung anbieten.



<https://mitdenken.sachsen.de/hilfe-ukraine>

Die sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte sowie der Bund informieren ebenfalls Menschen, die aus der Ukraine fliehen, und deren Unterstützer. Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth hat eine Übersicht mit aktuellen Internet-Links zusammengestellt.



<https://sab.landtag.sachsen.de/de/service/hilfe-fuer-ukrainer-21560.cshtml>



46. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Luise Neuhaus-Wartenberg // Foto: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

# Verantwortung für die Kleinen

Landtag debattiert Personalsituation in den sächsischen Kitas

// Die Aktuelle Stunde der 46. Plenarsitzung am 23. März 2022 begann mit einer Debatte zum Thema »MEHR-BRAUCHT-MEHR: Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen für die in Sozial- und Erziehungsberufen in Sachsen Beschäftigten sichern!«. Der Antrag stammte von der Fraktion DIE LINKE. Erzieherinnen und Erzieher haben Anfang März mithilfe eines Warnstreiks ihren Forderungen Nachdruck verliehen. //

## Beschäftigte besser bezahlen

Nicht nur die zwei Corona-Jahre belasteten Erzieherinnen und Erzieher, hob Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, an. Auch die mindestens zeitweise Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen werde noch einmal zu einer größeren Herausforderung anwachsen. Die Löhne in den sozialen Berufen müssten steigen, es gehe dabei auch um die richtige Eingruppierung. Ein wichtiges Thema sei zudem die Anerkennung von Elterngesprächen als Arbeitszeit.

Tom Unger, CDU, betonte, die Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste müssten ein angemessenes Entgelt und faire Arbeitsbedingungen erhalten. Doch weder der Sächsische Landtag noch die Fraktion DIE LINKE seien Tarifvertragsparteien. Im Blick behalten solle man die Finanzierbarkeit von Tarifabschlüssen sowie die kommunalen Haushalte.

Die öffentlichen Arbeitgeber müssten das gesamte Gehaltsgefüge bedenken.

## Landeserziehungsgeld ausbauen

Ein wesentliches Problem der sozialen Berufe betreffe die Altersstruktur, so Dr. Rolf Weigand, AfD. In Sachsen seien 32 Prozent der Erzieher über 50 Jahre alt. Der Personalschlüssel liege in Sachsen immer noch über dem Schnitt der westlichen Bundesländer. Eine Möglichkeit, um als Freistaat familienfreundlicher zu werden, sei eine deutliche Erhöhung des Landeserziehungsgeldes.

Im sozialen Bereich arbeiteten bei einer Quote von 84 Prozent größtenteils weibliche Beschäftigte, unterstrich Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE. Vor allem sie träfen die schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen in diesem Berufsfeld. Gleichzeitig leisteten

Frauen im Schnitt 87 Minuten mehr Sorgearbeit pro Tag. Diesen Zustand könne keine Gesellschaft einfach so hinnehmen. Um mehr Fachkräfte zu erhalten, sollte die berufsbegleitende und akademische Ausbildung verstärkt werden.

## Betreuungsschlüssel an Praxis orientieren

Juliane Pfeil, SPD, erinnerte daran, dass in der vergangenen Legislaturperiode Betreuungsschlüssel abgesenkt sowie Vor- und Nachbearbeitungszeiten eingeführt worden seien. Doch allein den Schlüssel anzupassen reiche nicht, da in der Praxis nie alle Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stünden. Es müsse daher mehr über die Anrechnung von Urlaub, Krankheit und Weiterbildung gesprochen werden.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, stellte voran, dass soziale Berufe aktuell auf großes Interesse stießen. Diese Entwicklung sei positiv, weil es zunehmend schwerer werde, Personal im Sozialbereich zu finden. Ihr eigenes Ministerium habe von 2019 bis 2021 eine Absolventenbefragung durchgeführt. Das Kultusministerium betreibe ein Fachkräfte-monitoring, um eine Fachkräftestrategie für die frühkindliche Bildung zu erarbeiten.



Dr. Daniel Thieme

46. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Daniel Gerber

# Schluss mit Putins Gas

Sachsen soll unabhängiger von Energieimporten werden

// In der zweiten Aktuellen Debatte am 23. März 2022 befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE mit dem Thema: »Strategische Souveränität der Europäischen Union sicherstellen – Energie, Klimaschutz, Wirtschaft und Sicherheitspolitik zusammen denken.« Die Debatte fand ebenfalls unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine vor knapp einem Monat statt. //

## BÜNDNISGRÜNE: Abhängigkeit senken

Die Abhängigkeit von fossiler Energie sei noch nie so schmerzhaft deutlich geworden wie in den letzten vier Wochen, bekundete Dr. Daniel Gerber,

BÜNDNISGRÜNE. Die fossile Abhängigkeit finanziere nicht nur den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, sondern sie zerstöre auch das Klima und damit die Lebensgrundlage der Menschheit. Deutschland habe sich

sehenden Auges in eine energiepolitische Abhängigkeit begeben. Im Jahr 2018 seien rund 41 Prozent der verbrannten Steinkohle, 34 Prozent der Erdölimporte und sogar 55 Prozent der Erdgasimporte aus Russland gekommen. Nach der Annexion

der Krim im Jahr 2014 habe die damalige Bundesregierung die Gasimporte aus Russland sogar noch einmal um 50 Prozent erhöht. Es sei jetzt höchste Zeit, sich davon konsequent zu lösen und den Ausstieg zu beschleunigen. Sachsen solle sich darauf vorbereiten, dass der russische Präsident Wladimir Putin komplett die Energielieferungen einstellen könne.

// Marko Schiemann

// Frank Peschel

// Marco Böhme

// Dr. Daniel Gerber

// Volkmar Winkler // Fotos: O. Killig





## CDU: Mehr als nur ein Energiethema

Marko Schiemann, CDU, äußerte, es sei richtig, angesichts des verheerenden Krieges neu nachzudenken und alles auf den Prüfstand zu stellen. Auch die Globalisierung müsse vor diesem Hintergrund neu bewertet werden. Betroffen seien nicht allein der Energiesektor, sondern auch Gesundheit, Wirtschaft, Digitales, Ernährung und Landwirtschaft. Europas Grundwerte beruhen auf Offenheit und einer funktionierenden internationalen Zusammenarbeit. Doch die EU stehe ebenso in Konkurrenz zu anderen Staaten und dürfe daher bei Schlüsseltechnologien und Ressourcen nicht noch abhängiger werden. Vielmehr brauche sie neue Impulse in ihrer Struktur- und Innovationspolitik. Die Chancen lägen bei der Europäischen Union selbst. Eine Abhängigkeit von Schurkenstaaten und sonstigen Diktatoren dürfe nicht dazu führen, dass Werte preisgegeben würden, auf denen Europa gegründet sei. Dazu zählten vor allem Menschenwürde, Menschenrechte, Frieden, Demokratie und Freiheit.

## AfD: Wirtschaftliche Freiheit statt politischer Moral

Wer, wie die GRÜNEN, die Wirtschaft mit Tagträumereien verändern wolle, der leiste keinen Beitrag zur strategischen Souveränität Europas, kritisierte Frank Peschel, AfD, die antragstellende Fraktion. Diese wolle eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, in der die Nutzung des Faktors Umwelt beziffert würde. Die Umwelt solle demnach der Wirtschaft nicht länger als kostenloses und freies Gut zur Verfügung stehen. Die GRÜNEN wollten, wie bei der Energiesicherheit auch, die

»Wir dürfen nicht einfach in unsere alten Bewegungsmuster verfallen.«



46. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Katja Meier

Wirtschaftsstruktur vorschreiben und über einzelne Produktionstechnologien bestimmen. Ein Beispiel sei die geforderte Abschaffung der Verbrennungsmotoren. Demnach solle nicht der Markt den Preis bestimmen, sondern politische Moral und die Willigkeit für grüne Ideologien. Das Wort »Gewinn« komme im Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN überhaupt nicht vor. Diese Form der Planwirtschaft münde darin, dass das Individuum als Erzeuger und als Verbraucher unter die Knute des Staates gezwungen werde.

## DIE LINKE: Wasserstoff statt Erdgas

Seine Fraktion fordere schon lange, sich von fossilen Energieträgern loszulösen, unabhängiger zu werden und die erneuerbaren Energien auszubauen, so Marco Böhme, DIE LINKE. Deren Ausbau gehe in Sachsen viel zu langsam voran. Mit der neuen Bauordnung, die gerade diskutiert werde, bestehe sogar die Gefahr, dass der Ausbau nahezu zum Erliegen komme. Es sei traurig anzusehen, dass die

CDU erst dann aufwache und sich für erneuerbare Energien ausspreche, wenn ein Krieg beginne. Während die Bundes-CDU den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien fordere, schlage der sächsische Ministerpräsident vor, Kohlekraftwerke und Atommeiler länger am Netz zu lassen. Solche Forderungen seien fern jeglicher Vernunft. Das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Eine größere Rolle könne zukünftig etwa Wasserstoff spielen. Die bestehenden Erdgasleitungen ließen sich problemlos dafür nutzen.

## SPD: Bisherige Vereinbarungen hinterfragen

Volkmar Winkler, SPD, sagte, der russische Überfall auf die Ukraine habe Europa aus seinem sicherheitspolitischen Dornröschenschlaf gerissen. Jahrzehntelange Gewissheiten, auch in der eigenen Partei, seien infrage gestellt. Eine notwendige europäische Souveränität müsse auf verschiedenen Politikfeldern vorangebracht werden. In Zukunft bedürfe es ein stärkeres gemeinsames Vorgehen inner-

halb der Europäischen Union. Zudem müssten CDU, BÜNDNIS-GRÜNE und SPD hinterfragen, ob die im sächsischen Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen zur Klima- und Energiepolitik, Raumordnung und Landesentwicklungsplanung in dieser Legislaturperiode noch ausreichend seien. Redebedarf gebe es nicht zuletzt beim Thema Schuldenbremse, die notwendige Investitionen in diesen Bereichen verhindere. Bei der Energiewende fielen bisherige Versäumnisse nicht nur sicherheitspolitisch, sondern zunehmend auch wirtschaftspolitisch auf Sachsen zurück.

## Staatsregierung: Diversifizierung der Energie fördern

Europaministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, konstatierte angesichts der aktuellen Situation, es dürfe nicht weitergehen wie bisher. Europa brauche einen Kurswechsel und müsse sicherheitspolitisch eigenständig werden. Dazu gehöre eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik mit einer gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern und dem langfristigen Ziel einer europäischen Armee. Um Sicherheit zu gewährleisten, solle Europa auch die Energie- und Klimaschutzpolitik neu denken. Neben einer breiten Diversifizierung der Lieferbeziehungen müssten so schnell wie möglich alle Potenziale genutzt werden, um Energie selbst zu gewinnen. Mit der Abkopplung von fossilen Brennstoffen würden gleich mehrere Probleme gelöst: Europa sichere seine Energiesouveränität, mindere die Bedrohung für kommende Generationen durch eine Klimakrise und mache seine Industrie zukunftsfähig. In diesen Dingen müsse man mit schnellen und vor allem großen Schritten vorangehen.

Dr. Daniel Thieme

# Medizinstudium ohne 1,0-Abitur

Sachsen öffnet einen Teil der Studienplätze für zukünftige Landärzte

Fotos: S. Floss

47. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Den ersten Tagesordnungspunkt der 47. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 24. März 2022 bildete eine von der SPD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte. Sie trug den Titel: »Medizinische Versorgung in ganz Sachsen sicherstellen: Die sächsische Landarztquote startet«. Erstmals werden in Sachsen rund 40 Studienplätze an Bewerber vergeben, die sich verpflichten, später im ländlichen Raum arbeiten zu wollen. //

## Anreize schaffen

Es sei erfreulich, dass es in Sachsen wieder mehr Ärztinnen und Ärzte gebe, leitete Simone Lang, SPD, ihre Rede ein. Doch vor allem im ländlichen Bereich fehlten die Mediziner weiterhin. Das Landarztgesetz trage dazu bei, die Gesundheitsversorgung in allen Regionen sicherzustellen. Bei dieser neuen Form der Hochschulzulassung zählten sowohl die beruflichen Vorerfahrungen als auch die Bereitschaft, als Landärztin oder Landarzt tätig zu werden.

Nach Ansicht von Alexander Dierks, CDU, zeige das Landarztgesetz exemplarisch, wie



es gelingen könne, unter den Bedingungen des demografischen Wandels, Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten. Der Weg dorthin sei nicht einfach gewesen, weil im Grunde nur Anreize gesetzt werden könnten. Die Freiheit der Berufswahl müsse am Ende immer gewahrt bleiben. Dennoch benötige der Staat ausreichend Ärzte, um die Daseinsfürsorge abzusichern.

## Viel Zeit verloren

Die Landarztquote komme viel zu spät, argumentierte André Wendt, AfD. Seine Fraktion habe sie bereits vor fünf Jahren gefordert, sei damals aber auf taube Ohren gestoßen. Sowohl CDU als auch BÜNDNISGRÜNE hätten die Quote mit Verweis auf die Berufsfreiheit abgelehnt. Dass es dieses Gesetz nun doch gebe, sei für die Bürger im Freistaat erfreulich. Im Jahre 2021 seien bereits 435 Arztsitze unbesetzt gewesen, in sechs Regionen bestehe eine Unterversorgung.

Susanne Schaper, DIE LINKE, warnte, man solle das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er erlegt sei. Skepsis hege sie gegenüber

dem Gesetz auch weiterhin. Unklar bleibe beispielsweise, wie viele Bewerber am Ende tatsächlich einen Vertrag unterschreiben würden, der sie für 20 Jahre binde. Zahlreiche junge Leute wüssten am Anfang des Studiums kaum, für welche Fachrichtung sie sich später entscheiden wollten. Frühestens in einigen Jahren werde man sehen, ob die Quote etwas gebracht habe.

## Nicht nur die Abiturnote zählt

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, merkte an, es gebe durchaus junge Menschen, die schon sehr früh eine medizinische Karriere anstrebten, das Abitur aber nicht mit dem entsprechenden Notenschnitt schafften. Genau die, die trotzdem eine große Leidenschaft für den Medizinberuf zeigten, nehme man mit dem Landarztgesetz in den Blick. Nachdenken müsse man auch über neue Arbeitszeitmodelle, damit junge Menschen gute Perspektiven hätten.

Es sei wichtig, mit dieser Debatte auf das Landarztgesetz hinzuweisen, erklärte Sozialministerin Petra Köpping, SPD. Es gebe aber noch weitere Bausteine, mit denen die medizinische Versorgung in Sachsen gesichert werde. Dazu gehörten das Thema »medizinische Versorgungszentren« und eine Willkommenskultur besonders für ausländische Medizinerinnen und Mediziner. Hinzu kommen Netzwerktreffen für Ärzte in Sachsen, bei denen sehr viele Informationen weitergegeben würden.

# Eigenversorgung statt schwieriger Importe

Lebensmittel und Energie verteuern sich weiter

47. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Versorgungssicherheit garantieren, Verbraucher bei Kraftstoffen und Strom entlasten – Berlin muss handeln!« lautete am 24. März 2022 das Thema einer Aktuellen Debatte, die von der CDU-Fraktion beantragt wurde. Die Preise für Lebensmittel schnellten zuletzt sprunghaft in die Höhe. //

## Selbsterzeugung stärken

Versorgungssicherheit beginne bei den Lebensmitteln, führte Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, aus. Raps und Weizen habe sich im vergangenen Jahr um das Doppelte verteuert. Aktuell gäbe es nicht nur Probleme, Getreide aus der Ukraine einzuführen, sondern auch, dort die Saat auszubringen. Damit drohe die gesamte Ernte in dem Land auszufallen. Sachsen müsse seine Eigenversorgung stärken, Stilllegungsflächen nutzen und eine normale Nitratdüngung auch in belasteten Gebieten erlauben.

Jörg Urban, AfD, schätzte, dass aufgrund der steigenden Energiekosten Familien mit Kindern in diesem Jahr 2.600 Euro mehr ausgeben müssten. Seit 2005 habe sich der Strompreis von 19 Cent auf heute 36 Cent fast verdoppelt. An dieser Verteuerung sei die CDU mit schuld. Die Partei trage auch in der Landwirtschaft für Dinge Verantwortung, die

sie jetzt selbst kritisiere. Unter anderem seien in ihrer Regierungszeit Landwirtschaftsflächen für Biogas oder Biodiesel fehlgenutzt worden.

## Energieteilhabe ermöglichen

Die hohen Energiepreise dürften nicht die Armut verschärfen, warnte Marco Böhme, DIE LINKE. Arme Menschen müssten weiter an Energie und Mobilität teilhaben, Stromsperrern dürfe es nicht geben. Ein effektives Mittel, um die Verteuerung von Energie und Lebensmitteln sozial abzufangen, seien steigende Löhne und ein höherer Mindestlohn. Das Modell der Energiebörse funktioniere nicht, es führe mitunter sogar zu höheren Strompreisen, selbst wenn nicht mehr verbraucht würde.

Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE, befürchtete, dass eine Energiekrise unbekanntem Ausmaßes begonnen habe. Der jüngste



// Sabine Friedel

Preissprung an den Gasmärkten drücke genau diese Sorge aus. Der einzige Weg für eine kostengünstige, nachhaltige und versorgungssichere Zukunft führe über die konsequente Umsetzung der Energiewende. Wäre man schon weiter, gäbe es jetzt auch eine geringere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland.

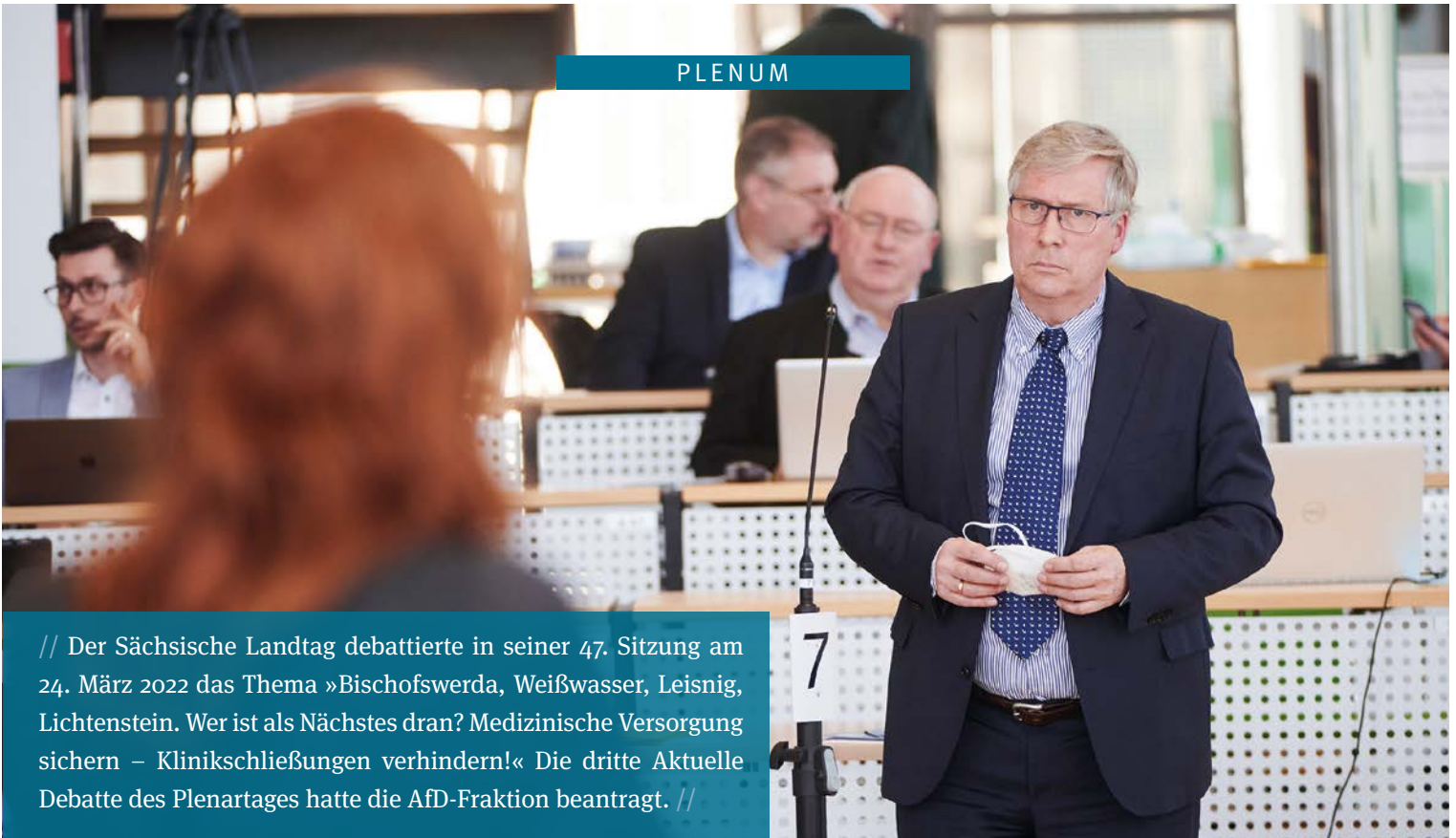
## Entlastungen beschlossen

Als Regierungspartei im Bund habe die SPD umfangreiche Entlastungen auf den Weg gebracht, erklärte Henning Homann, SPD. Diese beträfen im Einzelnen den Heizkostenzuschuss für alle Wohngeld- und BAföG-Empfänger, eine deutliche Rentensteigerung sowie die Abschaffung der EEG-Umlage. Temporär werde auch die Energiesteuer gesenkt. Die Maßnahmen verfolgten das Ziel, kleine und mittlere Einkommen zu unterstützen und nicht die Spritpreise für Porschefahrer zu subventionieren.

Die Weichen müssten richtig gestellt werden, um unabhängiger von russischen Importen zu werden, stimmte der Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Oliver Schenk, CDU, seinen Vorrednern zu. Die Energieversorgung sei die Achillesferse der Volkswirtschaft, besonders in Deutschland. Der Ausbau erneuerbarer Energien dauere Jahre, bis dahin brauche es weitere, grundlastfähige Energieträger. Über eine längere Nutzung von Kohle und Atomstrom müsse daher ohne Scheuklappen diskutiert werden.

Fotos: S. Floss





// Der Sächsische Landtag debattierte in seiner 47. Sitzung am 24. März 2022 das Thema »Bischofswerda, Weißwasser, Leisnig, Lichtenstein. Wer ist als Nächstes dran? Medizinische Versorgung sichern – Klinikschließungen verhindern!« Die dritte Aktuelle Debatte des Plenartages hatte die AfD-Fraktion beantragt. //

// Frank Schaufel // Foto: S. Floss

47. Sitzung des Sächsischen Landtags

*Dr. Daniel Thieme*

# Sachsen verliert Krankenhäuser

Einrichtungen kämpfen vor allem mit Personalmangel

## Stärkung statt Schließung

Frank Schaufel, AfD, forderte, die vorhandenen Klinikstandorte in Sachsen zu stärken und weitere Schließungen abzuwenden. Priorität habe die Versorgungssicherheit und die gute Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen in Sachsen. Die Fahrzeit bis zur nächsten Geburtsstation betrage für manche Regionen bereits heute bis zu einer Stunde. Um die Kliniken wirtschaftlich zu sichern, brauche es mehr Geld. Die Mittel seien jedoch zuletzt um 15 Millionen Euro jährlich gekürzt worden.

Deutschland besitze eine hohe Krankenhausdichte, in Sachsen kommen 632,5 Krankenhausbetten auf 100 000 Einwohner, betonte Daniela Kuge, CDU. Allein mit einem Klinikbett vor Ort sei es aber nicht getan. Es brauche auch eine angemessene Behandlung, Fachpersonal und die entsprechende Technik vor Ort. Um diese sicherzustellen, müsse sich die Krankenhauslandschaft in Sachsen weiter transformieren. Aus kleineren Krankenhäusern sollten moderne Versorgungszentren entstehen.

## Fallpauschale abschaffen

Gesundheit dürfe keine Ware sein, fasste Susanne Schaper, DIE LINKE, die Position ihrer Fraktion zusammen. Die Krankenhäuser müssten so finanziert werden, dass ihnen eine bedarfsgerechte Deckung der Kosten möglich sei. Medizinische Abteilungen ließen sich nicht genormt betreiben, daher gehörten Fallpauschalen, insbesondere in den Bereichen Geburtshilfe und Jugendmedizin, abgeschafft. Umgekehrt solle eine Gewinnausschüttung aus dem Betrieb von Kliniken verboten werden.

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, beleuchtete die Gründe für die genannten Klinikschließungen. Fast immer sei Personalmangel der Hauptgrund gewesen, sagte die Abgeordnete. Nicht der Freistaat Sachsen schließe also die Häuser, sondern sie handelten selbst aus nachvollziehbaren Gründen. Sachsen sei auf ausländische Fachkräfte angewiesen, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Die Menschen interessierten sich nicht nur für das Gehalt, sondern auch dafür, ob sie willkommen seien.

## Ergänzende Vernetzung notwendig

Es brauche ein Netz ergänzender Krankenhäuser, die in Sachsen eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellten, so Simone Lang, SPD. Die medizinischen Versorgungszentren sowie kommunale Polikliniken müssten die Eckpfeiler der medizinischen Daseinsfürsorge in Sachsen bilden. Eine geplante Überarbeitung des Krankenhausgesetzes ermögliche es, an einigen wichtigen Stellen Schrauben zu drehen. Die geplante Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung werde im Freistaat sorgfältig verfolgt.

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, SPD, ging auf das behördliche Verfahren ein, das vor einer Klinikschließung stattfindet. So prüfe der Krankenhausplanungsausschuss zunächst, ob die Patienten in einer zumutbaren Entfernung behandelt und aufgenommen werden könnten. Wahrnehmen müsse man ebenso, dass die Bevölkerung in Sachsen seit 1990 geschrumpft sei. Weniger Einwohner bedeuteten auch weniger belegte Betten.

# Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2025

// Schlossteich mit Schornstein nach einem Farbwurf des  
französischen Künstlers Daniel Buren // Foto: Nico/stock.adobe.com

// Chemnitz trägt im Jahr 2025 den Titel »Kulturhauptstadt Europas«. Nach der Entscheidung im vergangenen Jahr fasste der Kulturausschuss des Sächsischen Landtags den Entschluss, zu einer auswärtigen Sitzung am 7. März 2022 in Sachsens drittgrößter Stadt zusammenzukommen. Die Abgeordneten informierten sich vor Ort über den Stand der Vorbereitungen und stimmten weitere Themen ab. //

# Unsichtbares sichtbar machen

*Claudia Graubner*

Kulturausschuss informiert sich in Chemnitz über den Weg zur europäischen Kulturhauptstadt 2025

Fotos: C. Lässig

## Nichtöffentliche Sitzung vor besonderer Kulisse

Im historischen Stadtverordneten-saal des Rathauses in Chemnitz trafen sich die Mitglieder des Kulturausschusses zu einer nichtöffentlichen Sitzung. An der Wand des Saals hängt das imposante Gemälde »Arbeit – Wohlstand – Schönheit« von Max Klinger. Unter diesem Leitbild tagten die Abgeordneten, wobei die Kultur und das kultu-

relle Miteinander als Form des freiwilligen Zusammenlebens im Vordergrund der Sitzung standen. Der Ausschuss beabsichtigte, mit der Sitzung vor Ort die spannenden Entwicklungsprozesse in und um Chemnitz unmittelbar kennenzulernen und diesen mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

Im Anschluss an die reguläre Tagesordnung tauschte sich der Ausschuss mit den verantwortlichen Chemnitzer Akteuren aus. Eingeladen waren Oberbürgermeister Sven Schulze, der Geschäftsführer der Chemnitz 2025 GmbH, Stefan Schmidtke,

der Vorsitzende des C2025-Fördervereins, Bernd Birkigt, sowie die Bürgermeisterin für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport, Dagmar Ruscheinsky. Sie sprachen über anstehende Projekte und den Stand der Vorbereitungen rund um das Thema Kulturhauptstadt. Oberbürgermeister Sven Schulze bewertete

Franz Sodann, stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses

### KULTURHAUPTSTADT EUROPAS

Der Titel wird jährlich von der Europäischen Union vergeben und soll die Vielfalt des kulturellen Erbes in Europa hervorheben. Deutsche Kulturhauptstädte bisher: West-Berlin, Weimar und Essen

### ZEITSCHIENE

2017 Bewerbung »» 2020 Titelgewinn »» 2021 offizielle Ernennung und Aufbau einer Organisationsstruktur »» 2022 Strategieentwicklung und Pilotprojekte »» ab 2023 Programmentwicklung und Aufbau der europäischen Maker Community

**PARTNERSTADT** zu Chemnitz für die Europäische Kulturhauptstadt 2025: Nova Gorica in Slowenien

Durch die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung wurde der Grundstein für eine Vernetzung der jeweiligen Kulturszenen untereinander sowie der Entwicklung gemeinsamer Projekte für 2025 gelegt.



**VORGESTELLTE ZENTRALE PROJEKTE:**

**GARAGENCAMPUS**

Das gesamte Areal des ehemaligen Betriebshofes der Chemnitzer Verkehrsbetriebe an der Zwickauer Straße wird zu einem zentralen Kulturstandort ausgebaut und somit langfristig in der Stadt, der Region sowie in Europa sichtbar werden.

**MAKERHUBS BZW. MAKERS<sup>2</sup>**

Das Projekt »Makers, Business & Arts« soll Raum für die Macherinnen und Macher der Region und Europas bieten, um gelebte Kultur- und Kreativwirtschaft digital, kreativ und vernetzt umzusetzen.

**PURPLE PATH**

Der »Lila Pfad« stellt ein kulturelles Programm in der Region dar, das Chemnitz über Rad- und Wanderwege, Landstraßen, Busse und Bahnen mit 36 Kommunen und insgesamt 656 Akteuren verbindet.



[www.chemnitz2025.de](http://www.chemnitz2025.de)

decken und Ungesehenen. Ein Ziel der Initiatoren ist es, dass sich Kulturschaffende mit Menschen aus ganz Europa vernetzen und das kulturelle Erbe von Chemnitz mit ihnen teilen. Eine neu gegründete Kulturregion trägt dazu bei, die zahlreichen Gemeinden und Kommunen in den nächsten Jahren getreu des »Chemnitzer Modells« miteinander zu verbinden. Ein besonderes Augenmerk der Ausgestaltung liegt auf den Themen Kreativwirtschaft und »Makertourismus«. Durch sie sollen in Zukunft neue Formen des Zusammenwirkens, des Kreativwirtschaftens sowie des Tourismus gestaltet werden. Ebenso spielen demokratische Werte sowie das Zusammenleben im

**Gespräche auf ehemaligen Eisenbahnschienen**

Am Nachmittag reisten die Sitzungsteilnehmer zu weiterführenden Gesprächen mit einer historischen Tatra-Straßenbahn in das alte Straßenbahndepot im Chemnitzer Stadtteil Kappel. Nach einer aufschlussreichen Führung über das Gelände und durch die Räumlichkeiten des Straßenbahnmuseums folgten weitere Einzelpräsentationen. Dazu gehörten u. a. die Projekte Garagencampus, MakerHubs und Purple Path (Kasten Seite 15).

Abschließend gab Ferenc Csák vom Kulturhauptstadtbüro Chemnitz 2025 eine Zusammenfassung der langfristigen

die auswärtige Tagung als wichtige politische Geste. Er betonte die herausgehobene Rolle der Stadt Chemnitz im Jahr 2025, wenn sie den Freistaat Sachsen und Deutschland in Europa repräsentieren werde. Für das Kulturland Sachsen sei die Ausrichtung der Kulturhauptstadt eine große Chance, sagte der Oberbürgermeister.

**Der Blick auf das Wesentliche**

»C the Unseen« lautet das Motto der künftigen Kulturhauptstadt. Der Titel vereint im Wesentlichen das Ziel, Chemnitz als Kulturregion sichtbarer zu machen – mit einem Fokus auf dem Unent-



Drei-Länder-Eck Sachsen, Tschechische Republik und Polen eine wichtige Rolle. Ergänzend berichteten Bernd Birkigt sowie Stefan Schmidtke von regionalen Projekten und Besonderheiten im Zuge der Entwicklung von Chemnitz zur Kulturhauptstadt. Den anschließenden Austausch mit den Gästen nutzten viele Ausschussmitglieder für Fragen zur Umsetzung und den sonstigen Herausforderungen für Chemnitz und Sachsen.

und nachhaltigen Investitionen im Zusammenhang mit der Europäischen Kulturhauptstadt 2025. Schon jetzt wird deutlich: Mit Chemnitz 2025 entsteht etwas Neues, das den Begriff von Kultur einzigartig interpretiert. Die kulturpolitische Begleitung durch die Landespolitik ist dabei von entscheidender Bedeutung, um die zahlreichen Ansätze und Perspektiven weiter voranzutreiben.

Janina Wackernagel

# Frischer Wind im Baurecht

Regionalausschuss befasst sich mit Abstandsregeln für Windräder

Foto: Tarnero/stock.adobe.com

Der Gesetzgebungsprozess um die Reform der Sächsischen Bauordnung greift einige öffentlich stark beachtete Themen auf. Dazu zählen die Mindestabstandsregelung für Windkraftanlagen, Erleichterungen im Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur (5G) sowie Unterstützungsmaßnahmen in Bauvorhaben im Sinne der Energiewende. Entsprechend groß war das Interesse an der öffentlichen Anhörung des Gesetzentwurfs im Ausschuss für Regionalentwicklung am 11. März 2022. Der Ausschuss hatte insgesamt 15 Sachkundige geladen, die in insgesamt vier Stunden ihre Expertise zu den verschiedenen Themenbereichen beisteuern konnten.

## Mindestabstand bleibt umstritten

Der Gesetzentwurf der Sächsischen Staatsregierung sieht vor, dass Windkraftanlagen nur im Abstand von 1000 Metern zur nächsten Wohnbebauung errichtet werden dürfen.

// Ein Vorhaben der sächsischen Regierungskoalition ist es, die Sächsische Bauordnung umfassend zu novellieren. Im Januar 2022 ist im Sächsischen Landtag der Gesetzentwurf »Viertes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung« eingegangen. Damit soll – insbesondere im Zeichen der Energiewende – ein sicheres, kostengünstiges und zukunftsfähiges Bauen im Freistaat Sachsen befördert werden. //

Dr. Florian Gräßler, Geschäftsführer der Landesgruppe Sachsen im Verband kommunaler Unternehmen, meinte, dass dieser Mindestabstand für die öffentliche Akzeptanz und damit auch die Rechtssicherheit für Investitionen förderlich sei. Überdies könne es auch Ausnahmeregelungen geben, beispielsweise für das Repowering älterer Windkraftanlagen. Der Sachkundige Dr. Stefan Sellschopp betonte seinerseits die Akzeptanzprobleme von Windkraftanlagen in der Bevölkerung und hob insbesondere die störende Optik und niederfrequente Schallwellen hervor.

Wohnsiedlungen an Stadträndern würden durch Windenergieanlagen an Wohnqualität und Wert verlieren. Dr. Wolfgang Daniels, Präsident der Vereinigung zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien Sachsen, hielt dem entgegen, dass die geplante Regelung das Flächenpotenzial für die Windkraftnutzung im Freistaat deutlich einschränke. Das Energie- und Klimaprogramm der Staatsregierung sei damit kaum erreichbar. Yvonne Sommerfeld, Referentin des Sächsischen Landkreistages, stimmte dem von der Koalition vorgestellten Kompromiss zu. Sie meinte, auch wenn damit die potenzielle Fläche für den Bau von Windkraftanlagen verringert werde, ergebe sich letztlich dennoch ein erkennbarer Ausbau, wenn die übrigbleibenden Flächen weniger streitbewehrt seien.

## »Kleine Bauvorlage« gefordert

Für die sächsischen Handwerkskammern bietet die Novelle der Bauordnung die Gelegenheit, eine weitere Neuerung im Baurecht einzufordern: Sie werben für die Einführung einer »Kleinen Bauvorlage«. Das Recht, Bauvorlagen einzureichen, würde damit auch anderen, handwerklichen Berufsgruppen eingeräumt werden, anstatt wie bisher nur Architekten und Ingenieuren nach einem zweijährigen Berufspraktikum. In der Anhörung sprachen sich sowohl Architekten- als auch Ingenieurskammer dagegen aus. Abgesehen von deren höherer Qualifikation warnten sie vor Interessenkonflikten für den Fall, dass sowohl Planung als auch die Ausführung von Bauvorhaben in einer Hand lägen.

In den kommenden Wochen werden alle Eingaben der Sachkundigen ausgewertet und gegebenenfalls in den Gesetzentwurf eingearbeitet.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll  
Öffentliche  
Anhörung





Rüdiger Soster

# LAUFENDE GESETZGEBUNG

Seit der letzten Ausgabe gingen keine neuen Gesetzentwürfe ein.

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Corona-bewältigungsfondsgesetzes, 7/8317   DIE LINKE	Ziel der Gesetzesänderung war die Aufhebung der Einschränkungen bei der Mittelverwendung aus dem »Corona-Bewältigungsfonds Sachsen«.	abgelehnt
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Corona-bewältigungsfondsgesetzes, 7/8829   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Möglichkeit zur Umschichtung von Ausgaben wird von derzeit 15 Prozent auf 35 Prozent angehoben. Der Ausgaberahmen für coronabedingte Ausgaben erhöht sich damit von 2.875 Mio. Euro auf insgesamt bis zu 3.375 Mio. Euro.	angenommen
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Corona-bewältigungsfondsgesetzes 7/8866   AfD	Mit dem Gesetzentwurf sollte die Verwendung von Mitteln des Corona-Bewältigungsfonds für konjunkturpolitische Maßnahmen ausgeschlossen werden. Auch eine Erhöhung des Ausgaberahmens von 15 Prozent auf 35 Prozent der nicht verbrauchten Mittel war vorgesehen.	für erledigt erklärt (§ 16 Abs. 7 Satz 1 GO)
Zweites Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz, 7/8514   Staatsregierung	Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten für die Marktüberwachung bestimmter Verbrennungsmotoren sowie für die Erstellung von Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen.	angenommen
Gesetz zur Änderung des Heilberufezuständigkeitsgesetzes und des Gesetzes über den Kommunalen Sozialverband Sachsen, 7/8730   Staatsregierung	Das Gesetz ändert und ergänzt die Zuständigkeiten für den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 23. März 2022.



// Das 1980 fertiggestellte historische Parlamentsgebäude der Republik Litauen in Vilnius // Foto: Landtag

Dr. Thomas Schubert

# Forum Mitteleuropa tagt 2022 in Litauen

Es war keine einfache Zusammenkunft für die Kuratorinnen und Kuratoren. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bestimmte die Diskussionen, besonders vor dem Hinter-

// Unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbller traf sich am 14. März 2022 das Kuratorium des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag zu einer Video-Sitzung. Die Kuratoriumsmitglieder aus den Ländern Mitteleuropas diskutierten die aktuellen Entwicklungen und besprachen die nächste Konferenz am 13. Mai 2022 in der litauischen Hauptstadt Vilnius. //

Foto: R. Deutscher



## Trauer um Kuratoriumsmitglied DR. ERHARD BUSEK

Das Gründungskuratoriumsmitglied Dr. Erhard Busek, von 1991 bis 1995 Vizekanzler der Republik Österreich, ist am 13. März 2022 gestorben. Dazu sagte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller: »Wir haben Erhard Busek als einen überzeugten Europäer gekannt. Sein intellektueller Weitblick hat mich stets beeindruckt. Er hat dem Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag wichtige Türen aufgestoßen. Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung bewahren.«

grund, dass die kommende Konferenz des Forums Mitteleuropa im Baltikum stattfinden und dabei Europas Osten in den Blick nehmen soll. Zudem informierte der Landtagspräsident die Kuratoriumsmitglieder zu Beginn der Sitzung über den Tod des Gründungsmitglieds Dr. Erhard Busek.

## Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn

Am 13. Mai 2022 tagt das Forum Mitteleuropa in der litauischen Hauptstadt Vilnius. Da es sich um eine Kooperation mit dem Parlament der Republik Litauen (Seimas) handelt, findet die Veranstaltung im historischen Parlamentsgebäude statt. Das Thema »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn« stand beim Forum

Mitteleuropa immer wieder zur Debatte, ohne je selbst Gegenstand einer Konferenz gewesen zu sein. In Anbetracht der immensen Herausforderung im Bereich der äußeren Sicherheit, der sich Deutschland und die Europäische Union gegenwärtig gegenübersehen, soll es 2022 anders sein. Unter der besonderen Warte der mitteleuropäischen sowie der baltischen

Sichtweisen wird es am Vormittag um die »Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten Russland, Belarus und Ukraine« gehen, am Nachmittag um die Thematik »Äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert – Was muss, was kann Europa tun?«. Die Konferenz wird für alle Interessierten auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags live übertragen.



## DOKUMENTATION ZUR KONFERENZ 2021 IN WIEN IST ERSCHIENEN

Die zurückliegende Konferenz »Wie weiter in Europa?« des Forums Mitteleuropa fand am 12. November 2021 im Parlament der Republik Österreich in Wien statt. Alle Vorträge und Diskussionen können Sie nun in einer bebilderten Dokumentation nachlesen. Mehr Wissenswertes rund um das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag finden Sie unter:



[www.forummitteleuropa.eu](http://www.forummitteleuropa.eu)

# Wahl des Bundespräsidenten in Berlin

// Bundesversammlung unter Einhaltung  
der Corona-Schutzmaßnahmen //  
Foto: Deutscher Bundestag/photothek

// Die Bundesversammlung am 13. Februar 2022 in Berlin fand unter ungewöhnlichen Umständen statt. Die Wahlmänner und Wahlfrauen kamen nicht im Berliner Reichstag zusammen, sondern saßen verteilt auf mehrere Stockwerke und im großen Foyer des Paul-Löbe-Hauses. Über 39 der insgesamt 1472 Mitglieder der Bundesversammlung entschied der Sächsische Landtag in seiner Sitzung im Dezember 2021. //

# Sächsische Stimmen für das Staatsoberhaupt

39 Delegierte des Landtags wählten Mitte Februar den Bundespräsidenten

## Beteiligung der Bundesländer

Die Wahl des Bundespräsidenten gehört zu den eher ungewöhnlichen Wahl-Ereignissen in Deutschland. Es werden keine Plakate gedruckt, es findet kaum Wahlkampf statt und das Kandidatenfeld ist meist überschaubar. Und noch etwas ist besonders: Die Landesparlamente sind bei der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes ebenfalls beteiligt, indem sie Delegierte entsenden.

Dass der Bundespräsident nicht vom Volk direkt gewählt wird, sondern durch die eigens für diesen Zweck einberufene Bundesversammlung, hat gute Gründe. Seine indirekte Wahl und die daraus abgeleitete Legitimität begründen die Stellung des Bundespräsidenten im politischen System. Er erfüllt hauptsächlich repräsentative Aufgaben.

## Landtag wählt 39 Delegierte

Am 13. Februar 2022 trat zum 17. Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesversammlung zusammen. Das Verfassungsorgan besteht aus allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und noch einmal der gleicher Anzahl

// Alle fünf Jahre tritt die Bundesversammlung zusammen, um das deutsche Staatsoberhaupt zu wählen. Über einen Teil ihrer Mitglieder entscheidet der Sächsische Landtag. In diesem Jahr entsandte das sächsische Parlament 39 Delegierte nach Berlin. //



// Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois bei ihrer Stimmabgabe zur Wahl der Delegierten für die Bundesversammlung // Foto: S. Floss

Abgesandter der Landesparlamente. Durch die aktuelle Größe des Bundestages nahmen folglich insgesamt 1472 Delegierte an der Wahl des Bundespräsidenten teil. Aus Sachsen waren die 38 Bundestagsabgeordneten gesetzt. Hinzu kamen 39 Delegierte, die der Sächsische Landtag auf Vorschlag seiner Fraktionen in der Plenarsitzung am 21. Dezember 2021 bestimmte. Da diese nicht dem Landtag als gewählte Mitglieder angehören müssen, setzten die Fraktionen neben Politikern auch andere Prominente und Personen des öffentlichen

Lebens auf ihre Vorschlagslisten. Abgestimmt wurde in geheimer Wahl.

## Medizinvorstand und Betriebsrätin

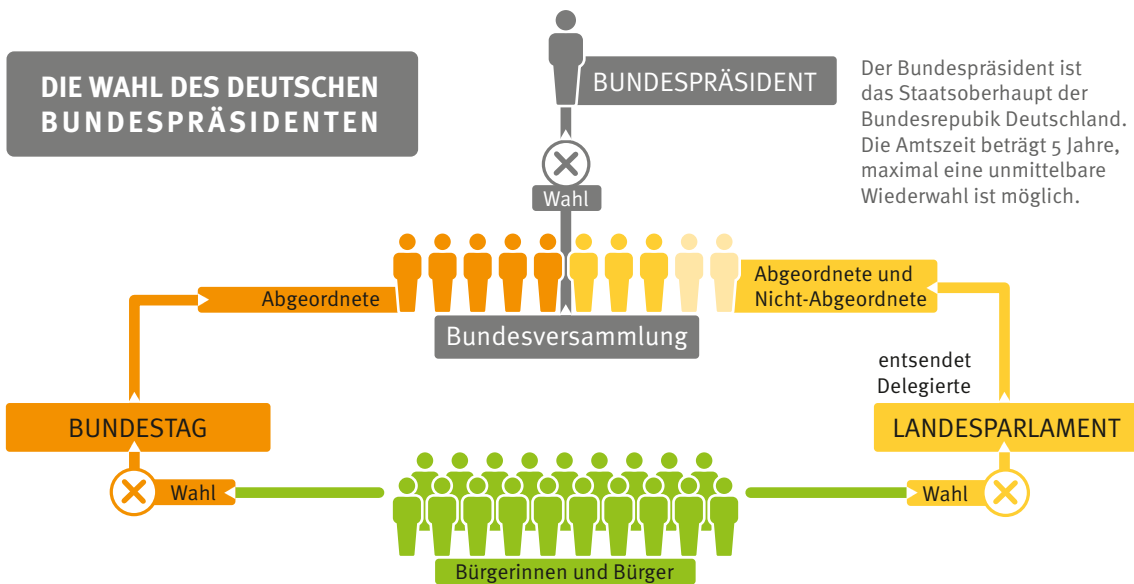
Die CDU-Fraktion, der insgesamt 16 Plätze zur Verfügung standen, entsandte unter anderem den Medizinischen Vorstand des Universitätsklinikums Dresden, Prof. Dr. Michael Albrecht, Dr. Jörg Dittrich, Präsident der Handwerkskammer Dresden, sowie die früheren Ministerpräsidenten Stanislaw

Tillich und Prof. Dr. Georg Milbradt. Auf die AfD-Fraktion entfielen 11 Sitze, für die sie ausnahmslos Landtagsabgeordnete nominierte. Für DIE LINKE wählten fünf Personen den Bundespräsidenten, darunter die Gewerkschafterin Ines Küche. Die BÜNDNISGRÜNEN setzten ebenfalls Nicht-Landtagsabgeordnete auf ihre Liste, beispielsweise die DDR-Bürgerrechtlerin Gesine Oltmanns. Die SPD-Fraktion schickte auf der Plenarsitzung im Dezember die Aldi-Betriebsrätin Ina Tautenhässelbarth als eine von drei Stimmberechtigten nach Berlin.

Die Bundesversammlung Mitte Februar fand aufgrund der hohen Teilnehmerzahl und notwendiger Abstände nicht im Berliner Reichstagsgebäude, sondern im benachbarten Paul-Löbe-Haus statt. Rund drei Viertel der Anwesenden, also 1045 Delegierte, stimmten für den bisherigen Amtsinhaber Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD). Die von den Freien Wählern aufgestellte Physikerin Dr. Stefanie Gebauer erhielt 58 Stimmen, auf den Kandidaten der AfD, Prof. Dr. Max Otte, entfielen 140 Stimmen und Prof. Dr. Gerhard Trabert, Kandidat der LINKEN, vereinigte 96 Stimmen auf sich. Der wiedergewählte Bundespräsident Steinmeier kann demnach bis 2027 im Amt bleiben.



// Der wiedergewählte Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier nimmt Glückwünsche entgegen. // Foto: Deutscher Bundestag/photothek



### Sächsische Mitglieder der 17. Bundesversammlung

**CDU-Fraktion**

- DR. MATTHIAS RÖBLER, Landtagspräsident
- MICHAEL KRETSCHMER, Ministerpräsident
- PROF. DR. GEORG MILBRADT, Ministerpräsident a. D.
- STANISLAW TILLICH, Ministerpräsident a. D.
- BERT WENDSCHE, Oberbürgermeister Stadt Radebeul
- FRANK VOGEL, Landrat des Erzgebirgskreises
- PROF. DR. MICHAEL ALBRECHT, Medizinischer Vorstand Universitätsklinikum Dresden
- DR. JÖRG DITTRICH, Präsident der Handwerkskammer Dresden
- PROF. DR. REIMUND NEUGEBAUER, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft
- CHRISTIAN HARTMANN, Fraktionsvorsitzender
- ALEXANDER DIERKS, MdL

- SUSAN LEITHOFF, MdL
- SVEND-GUNNAR KIRMES, MdL
- THOMAS SCHMIDT, Staatsminister für Regionalentwicklung
- INES SPRINGER, MdL
- PROF. DR. ROLAND WÖLLER, Staatsminister des Innern

**AfD-Fraktion**

- JÖRG KÜHNE, MdL
- SEBASTIAN WIPPEL, MdL
- ANDRÉ BARTH, MdL
- THOMAS THUMM, MdL
- ULRICH LUPART, MdL
- DR. VOLKER DRINGENBERG, MdL
- ALEXANDER WIESNER, MdL
- LARS KUPPI, MdL
- HANS-JÜRGEN ZICHLER, MdL
- THOMAS KIRSTE, MdL
- FRANK SCHAUFEL, MdL

**Fraktion DIE LINKE**

- SUSANNE SCHAPER, MdL
- INES KUCHE, stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
- SARAH BUDEBERG, MdL
- KERSTIN KÖDITZ, MdL
- RICO GEBHARDT, Fraktionsvorsitzender

**Fraktion BÜNDNISGRÜNE**

- FRANZISKA SCHUBERT, Fraktionsvorsitzende
- THOMAS PILZ, Kulturmanager
- KATJA MEIER, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
- GESINE OLTMANN, Bildungsreferentin

**SPD-Fraktion**

- HENNING HOMANN, MdL
- INA TAUTE-HÄSSELBARTH, ALDI-GmbH & Co. Beucha KG
- SVEN SCHULZE, Oberbürgermeister Stadt Chemnitz

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Ihre Biografien und politischen Werdegänge spiegeln die Umbrüche jener Epoche. Der Landtagskurier zeichnet ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nach. //



// Wilhelm Bünger 1930 //  
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie,  
Foto 6/FOTA032851

*Dr. Janosch Förster*

# Wilhelm Bünger – erfolgreicher Abgeordneter, erfolgloser Ministerpräsident

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 6)

Am 20. Februar 1930 schrieb die Dresdner Neueste Nachrichten: »Wenn in 50 oder 100 Jahren ein Universitätsprofessor einem Doktoranden der Geschichte das Thema stellen wollte: ›Welche Motive bewogen die Mehrheit des sächsischen Parlaments am 18. Februar 1930, das Kabinett Bünger zu stürzen?‹, so wäre das beinahe ein Akt des Sadismus«. Nun – ohne Frage war die politische Situation im Freistaat Sachsen gegen Ende der Weimarer Republik komplex. Schlimmer noch: Nicht nur die Abwahl, sondern zuvor schon die Wahl des Juristen Wilhelm Bünger (1870–1937) ins Amt des Ministerpräsidenten waren in der Tat ein parlamentarisches Kuriosum. Trotzdem sei ver-

sucht, ein wenig Ordnung in die Angelegenheit zu bringen.

Das wäre wohl ganz im Sinne Büngers gewesen, der als nüchterner, erfahrener und besonnener Parlamentarier beschrieben wurde. Als Sohn eines Geheimen Regierungsrats und einer adeligen Mutter schien sein Leben wie vorgezeichnet: Gymnasium, juristisches Studium in zahlreichen deutschen Universitätsstädten, schließlich Staatsexamen und Anstellungen als Jurist in Frankfurt und Leipzig. Im Ersten Weltkrieg diente er als Bataillonskommandeur und im Stab der Obersten Heeresleitung. Die Revolution 1918/19 erlebte er als Rechtsanwalt in Leipzig. Er schloss sich der von Gustav Stresemann geführten

Deutschen Volkspartei an. Für diese ließ er sich im November 1920 in den sächsischen Landtag wählen.

Seine parlamentarischen Interessen lagen, seiner Profession entsprechend, vor allem auf dem Gebiet juristischer Fragen. Seine Arbeit als Mitglied im Rechtsausschuss wurde fachlich geschätzt. Die Verhandlungsprotokolle dokumentieren seine Expertise und seine logische Stringenz, die ihn zu einem der wichtigsten Akteure im Landtag machten. Seine Art mag der Grund gewesen sein, warum er als Parlamentsneuling gleich zu Beginn in das Amt des Zweiten, später des Ersten stellvertretenden Landtagspräsidenten gewählt wurde. Auch rein statis-

tisch avancierte er zu einem der wichtigsten Abgeordneten der DVP-Fraktion mit den zweitmeisten Redebeiträgen (nur der Abgeordnete Bernhard Blüher sprach öfter). Als Max Heldt Anfang 1924 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, machte er Bünger zu seinem Justizminister. Bünger legte daraufhin sein Amt als Vizepräsident, nicht aber als Abgeordneter nieder. Im Juli 1925 heiratete Bünger auf Hiddensee seine Abgeordneten-Kollegin Doris Hertwig. Ob die Romanze im Landtag ihren Ursprung nahm, ist leider nicht bekannt. Während Bünger 1926 erneut gewählt wurde, konnte seine Frau sich für kurze Zeit sogar ein Reichstagsmandat sichern.

Als Justizminister der Großen Koalition verteidigte er die Beamtenpolitik des Gesamtministeriums, widersetzte sich einer von den Kommunisten angestrebten Generalamnestie für politische Gefangene, zeigte sich ansonsten aber als progressiver Reformler im Bereich des Strafvollzugs. Er begnadigte unter anderem auch den ehemaligen Ministerpräsidenten Erich Zeigner, der aufgrund von Korruptionsvorwürfen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war.

Nach den Landtagswahlen im Oktober 1926 und der Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung musste Büniger seinen Platz als Justizminister räumen, wurde aber wenig später als Volksbildungsminister wieder ins Kabinett geholt. Seine Tätigkeit in dieser Funktion war nur von kurzer Dauer, denn schon im März 1929 wurde der Landtag aufgrund eines mangelhaften Wahlgesetzes aufgelöst. Bei den fälligen Neuwahlen im Mai gewannen die Nationalsozialisten so viele Sitze, dass sie zum Zünglein an der Waage wurden: Eine Regierung wie bisher, ohne die SPD, war nur noch mit Duldung der Nationalsozialisten möglich.

### Die kuriose Wahl des Ministerpräsidenten Büniger ...

Während die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten anliefen, gab die NSDAP-Fraktion bekannt, dass sie eine »marxistenfreie« Regierung tolerieren würde. Ohne große Hoffnung schlug die DVP ihren besten Mann als Kandidaten vor. In dieser Situation unterließ den Kommunisten im Landtag ein strategischer Fehler: Sie gaben bei der Abstimmung im Parlament aus Protest weiße Zettel ab. Diese wurden vom Landtagsvorstand als ungültig angesehen. Mit denkbar knapper Mehrheit (49 zu 47 Stimmen) stimmte der Landtag nach

heftigem Streit für die Sicht des Präsidiums, dass Büniger mit der Mehrheit der gültigen Stimmen gewählt sei. Ohne eigene Mehrheit und quasi zufällig, trat Büniger sein Amt als Ministerpräsident an, obwohl sein Vorgänger Heldt das Zustandekommen als unrechtmäßig bezeichnete und seinen Platz zunächst nicht räumen wollte. In dieser Situation entschied sich Büniger dafür, ein zahlenmäßig kleines Experten-Kabinett zu bilden. Er selbst behielt das Bildungsministerium, für die Justiz und Inneres ernannte er

wie erwähnt – ein ähnlich komplexes parlamentarisches Schauspiel: Der Auslöser für das schnelle Ende der Amtszeit des Ministerpräsidenten Büniger war eine außenpolitische Frage. Büniger hatte den Vertreter Sachsens im Reichsrat, den ehemaligen Ministerpräsidenten Georg Gradnauer, bevollmächtigt, im Namen des Freistaats für die Annahme des Young-Plans zu stimmen. Der Vertrag sollte die umstrittene Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg abschließend klären. Als die Sache entschie-

Nationalsozialisten selbst: Sie stimmten für den Sturz Bünigers, in der Hoffnung, ihn in einer »marxistenfreien« Regierung neu installieren und dann vollständig kontrollieren zu können.

Die Hoffnung der NSDAP, nach Neuwahlen in einer tatsächlich »marxistenfreien« Regierung unter Büniger den Ton angeben zu können war nicht unbegründet. Im Landtag hatte Büniger 1930 ernsthaft verkündet: »Jedenfalls ist uns noch nicht bekannt geworden, dass die Nationalsozialisten die Reichsverfassung mit Gewalt ändern wollen«, was ihm den Zuruf eines Sozialdemokraten einbrachte: »Haben Sie den Hitler-Putsch vergessen?«

Nach dem Sturz Bünigers fanden intensive Beratungen über eine Große Koalition statt. Als diese am Wankelmut der DVP scheiterten und ihr jahrelanger Vorsitzender, der Oberbürgermeister von Dresden, Bernhard Blüher, frustriert aufgab, auch weil ihm die Anbiederung der Parteijugend an die Hitler-Partei gegen den Strich ging, trat Büniger seine Nachfolge als Fraktionsvorsitzender an. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wiederum wurde Walther Schieck.

Im September 1931 kehrte Büniger in den aktiven Justizdienst zurück. Als Vorsitzender Richter beim Reichsgericht in Leipzig leitete er 1933 den Reichstagsbrandprozess und beging dort nachweislich Rechtsbeugung zum Vorteil der (nationalsozialistischen) Anklage. Ob er dies aus eigenem Antrieb tat oder ob er unter Druck gesetzt wurde, ist nicht abschließend geklärt. Angeblich belastende Aussagen seiner Witwe haben sich später als Fälschung erwiesen. Seiner Gesundheit und seinem Nachruf war diese letzte Episode seiner Karriere nicht förderlich. Wilhelm Büniger verstarb 1937 in Dresden.



Fachleute ohne Parteibuch. In seiner Regierungserklärung kündigte er Sparsamkeit an sowie die Förderung der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Beamten. Trotz Wirtschaftskrise setzte der Volksparteiler auf harte Einschnitte im sozialen Bereich. Es ist bezeichnend, dass Büniger unmittelbar nach seiner Rede und einem heftigen Streit über die Geschäftsordnung bereits den ersten Misstrauensantrag mit seinem Vetorecht abwehren musste.

### ... und seine ebenso kuriose Abwahl

Weniger als ein Jahr später ereignete sich im Landtag –

den war, reichten KPD und NSDAP Misstrauensanträge ein. Nach heftiger Debatte, bei der vor allem die Nationalsozialisten durch unparlamentarisches Auftreten auffielen, war der Ausgang der Abstimmung tatsächlich etwas verzwickelt: Die SPD stimmte für die Abwahl Bünigers, obwohl sie für den Young-Plan war. Die regierungstragenden Parteien DVP und Wirtschaftspartei stimmten indes gegen die Abwahl des Ministerpräsidenten, obwohl sie seine Entscheidung für den Young-Plan nicht mittrugen. Die übrigen Koalitionsparteien enthielten sich. Die KPD stimmte für den Antrag der NSDAP (!), um Büniger zu stürzen. Das perfideste Spiel aber trieben die

## Landespolizeipräsident Kretzschmar verabschiedet

Im Plenarsaal des Sächsischen Landtags wurde am 31. März 2022 der bisherige Landespolizeipräsident Horst Kretzschmar in den Ruhestand verabschiedet. Dr. Matthias Röbner dankte dem höchsten sächsischen Polizeibeamten für seinen jahrzehntelangen Dienst, unter anderem beim Spezialeinsatzkommando, bei der Bereitschaftspolizei und als Polizeipräsident in der Landeshauptstadt Dresden. Als Nachfolger von Horst Kretzschmar wird zukünftig Jörg Kubiessa die Polizeiarbeit in Sachsen leiten.



Foto: Landtag

## Sachsens künstlerischer Aufbruch

Rund 170 Werke des deutschen Expressionismus zeigen gegenwärtig die Kunstsammlungen Chemnitz. Zur Eröffnung der Ausstellung »Brücke und Blauer Reiter« am 26. März 2022 begrüßte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Gäste und würdigte die Bedeutung des Kulturlandes Sachsen und der Kulturstadt Chemnitz. Die Ausstellung sei eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2025, so Röbner in seiner Ansprache. Der Dresdner Gruppe »Brücke« gehörten Künstler wie Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde und Karl Schmidt-Rottluff an, zum »Blauen Reiter« zählen etwa Wassily Kandinsky, Gabriele Münter und Paul Klee. Die Ausstellung in Chemnitz läuft noch bis zum 26. Juni 2022.



Foto: Kunstsammlungen Chemnitz / Kristin Schmidt

## Auf Tour im Landtag

Das Geschwisterpaar Lena und Paul ist mit Hund Knolle wieder im Landtag unterwegs. Im frisch erweiterten Ausmalcomic warten auf kleine Entdeckerinnen und Entdecker neben einem bunten Wimmelbild Labyrinth und Zahlenverbinder – und natürlich ganz viel Spaß. Der erweiterte Comic kann ab sofort bestellt werden.



**BESTELLUNG:** publikation@slt.sachsen.de, Tel. 0351 493-513



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt) und auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

04.05. – 05.05.2022  
01.06. – 02.06.2022  
13.07. – 14.07.2022  
21.09. – 22.09.2022  
09.11. – 10.11.2022  
15.12. – 16.12.2022  
19.12. – 20.12.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

### Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

### Bürgerfoyer

Im Bürgerfoyer können Sie die Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 18 Uhr individuell besuchen. Es gelten die ausgehängten Hygieneregeln.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 31.03.2022  
Gastautoren: Dr. Janosch Förster (TU Dresden), Claudia Graubner (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC® C015385